



Protokoll des Gemeinderates Dübendorf

vom 27. September 2004

Blatt 321

20. Sitzung

| | | |
|-------------------------------|--|--------------------------------------|
| <u>Ort:</u> | Katholisches Pfarreizentrum "Leepünt" | |
| <u>Beginn:</u> | 19.00 Uhr | |
| <u>Vorsitz:</u> | Oliver Eugster | Ratspräsident |
| <u>Protokoll:</u> | Gottfried Ruckstuhl | Ratssekretär |
| <u>Anwesend:</u> | 35 Ratsmitglieder | |
| <u>Entschuldigt abwesend:</u> | Peter Anderegg (SP) Gaby Gossweiler (FDP) Rudolf Herter (FDP) Nicole Schwendener (E/D) Katrin Wächter (SP) Martin Bäumle (Finanzvorstand) | |
| <u>Stimmzähler:</u> | Andr. Sturzenegger (FDP) | Bereich rechts, FDP und Bürotisch |
| | Theo Zobrist (SP) | Bereich links (SP, GEU, CVP) |
| | Valeria Rampone (GEU) | Bereich Mitte (SVP) |
| <u>Weibeldienst:</u> | Jürg Stucky | Stadtweibel - Stv. |

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 19. Sitzung vom 5. Juli 2004
3. Interpellation Kurt Berliat (CVP) betreffend Verkehrsberuhigende Massnahmen
Punktuelle Einführung Tempo 30 / Beantwortung
(Gesch. Nr. 135 / 2004)
4. Referendum gegen Beschluss des Gemeinderates vom 5. Juli 2004 betreffend
Parkplatzverkauf an der Strehlgasse / Gültigerklärung
(Gesch. Nr. 157 / 2004)
5. Spitex Dübendorf / Schaffung eines integrierten Spitex - Dienstes / Gewährung
eines jährlich wiederkehrenden Kredites von maximal Fr. 450'000.--
(Gesch. Nr. 137 / 2004)
6. Zustimmung zum privaten Gestaltungsplan Bahnhofareal Nord, Stadt
Dübendorf, Liegenschaftenverwaltung und Karl Grüter
(Gesch. Nr. 144 / 2004)

1. Mitteilungen

- Neueingang Ratsgeschäfte:
- Dringliche Interpellation Peter Anderegg (SP) und 9 Mitunterzeichnende
vom 23. September 2004 betreffend Zukunft Militärflugplatz Dübendorf.

2 Sachgeschäfte

1 zustande gekommenes Referendum

- Weitere Mitteilungen

- Privater Gestaltungsplan EAWAG / Rekurse

An der Sitzung vom 5. Juli 2004 hat der Gemeinderat dem erwähnten Geschäft
zugestimmt. Dagegen haben 2 Private fristgerecht Rekurs bei der Baurekurs-

kommission eingereicht. Mit der Wahrung der Interessen des Gemeinderates wurde Rechtsanwalt Jürgen Imkamp, Kanzlei Baur, Dübendorf beauftragt. Die Stellungnahmen mit dem Antrag auf vollständige Abweisung der Rekurse, wurden am 18. September 2004 eingereicht.

- Akkreditierung / Anzeiger von Uster

Am 6. September 2004 hat das Büro Herr Thomas Bacher als zusätzlichen Berichterstatter für den Anzeiger von Uster akkreditiert.

- 30 Jahre Gemeinderat Dübendorf

Mit einer kleinen Feier soll der Anlass begangen werden. Ist um 21 Uhr die Spitexvorlage noch nicht behandelt, wird Geschäft Nr. 6 auf die nächste Sitzung verschoben.

Alle Anwesenden zum anschliessenden Apéro eingeladen.

2. Protokoll der 19. Sitzung vom 5. Juli 2004

Gegen das erwähnte Protokoll sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit im Sinne von Art. 68 der Geschäftsordnung genehmigt.

3. Interpellation Kurt Berliat (CVP) betreffend Verkehrsberuhigende Massnahmen - Punktuelle Einführung Tempo 30 / Beantwortung

Kurt Berliat (CVP) nimmt Stellung. Vor einem Jahr hat der Gemeinderat der Tempo 30 Vorlage zugestimmt. Die Stimmberechtigten lehnten in der Folge den Antrag ab. Zur Ablehnung der Vorlage durch eine Mehrheit der Stimmbürger dürften unter anderem die Kosten von 1,2 Mio. Franken beigetragen haben, aber auch das psychologische Moment, zum Beispiel flächendeckend nur noch mit 30 km/h fahren zu können, wird offensichtlich von vielen als Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit empfunden. Seinerzeit haben sich aber nicht wenige Gegner der Vorlage dahingehend geäussert, dass sie in einer revidierten, punktuellen Lösung positive Aspekte sehen. Einer solchen Lösung könnten sie eher zustimmen, hiess es im Vorfeld. Die Interpellation vom 16. Februar 04 hatte denn auch einen neuen, anderen Ansatzpunkt: Es sollte keine unnötige Zeit verstreichen für die Ausarbeitung eines überarbeiteten Konzeptes, alles war noch präsent. Mit der Ausarbeitung einer reduzierten Vorlage, nicht mehr flächendeckend, auf Grund der bestehenden Studien hätte sofort begonnen werden können. Ein reduziertes Konzept mit punktuellen 30-er Zonen, das die Zustimmung breiter Kreise finden könnte, sollte es werden. Die Kosten sollten gesenkt werden durch die Planung von minimalen baulichen Massnahmen. Der SR lehnt in seiner Beantwortung der Interpellation einen neuen Studienauftrag, welcher die punktuelle Einführung von verkehrsberuhigenden Massnahmen prüft, rundweg ab. Er ist daher auch nicht bereit auf der Grundlage einer solchen Untersu-

chung eine neue, reduzierte Vorlage mit einem Rahmenkredit dem Gemeinderat zu unterbreiten. Die ablehnende Antwort des SR auf die Interpellation ist enttäuschend. Statt dass die bestehenden Studien - die auch Geld gekostet haben - nun in einer Schublade verschwinden, hätten sie auch sinnvoll genutzt werden können. Kurt Berliat ist nach wie vor der Überzeugung, dass ein reduziertes, klar definiertes Verkehrskonzept, das auch eine Temporeduktion an speziellen Orten und in bestimmten Bereichen einschliesst, in der Bevölkerung auf Verständnis stossen und begrüsst würde. Der Stadtrat verpasst eine Gelegenheit, auf bereits bestehenden Grundlagen der abgelehnten Tempo 30 Zonen Vorlage, ein reduziertes Konzept zu planen und auszuführen. Ein neues Konzept das publiziert und erklärt wird und damit der Öffentlichkeit bekannt gemacht wird. Die Frage lautet nach wie vor: „Wo, wann und was passiert, und was kostet das Ganze“; Information und Transparenz wären gefragt. Was bereits jetzt geschieht, sollte vermieden werden: Für bestimmte Strassenabschnitte werden verkehrsberuhigende, und / oder schützende Einzelmassnahmen ergriffen, zum Beispiel an der Kriesbachstrasse, an der Bühlwiesen-Neugutstrasse, weitere werden folgen. Die getroffenen Einzelmassnahmen sind durchaus positiv. Aber statt der portionenweisen Einführung von verkehrsschützenden und auch verkehrsberuhigenden Eingriffen wäre ein Gesamtkonzept, mit Angabe der anfallenden Kosten und eines Zeitrasters für die Realisierung, sinnvoller. Die Einwohner und Steuerzahler würden gerne wissen, wie das weitere Vorgehen der verantwortlichen Behörden in dieser Angelegenheit ist. Mit der negativen Antwort auf die Interpellation wissen wir es nicht. Sinnvolle, ausgewogene, beruhigende und schützende verkehrstechnische Massnahmen, basierend auf einem klaren Konzept, bleiben ein Anliegen von Vielen.

Thomas Maier (GEU) verlangt Diskussion. Kein Gegenantrag.

Thomas Maier (GEU): Vor vielen Jahren forderte er einmal mit einem Vorstoss im Gemeinderat flächendeckend Tempo 30 in Dübendorf. Sein Vorstoss fand kein Gehör. Jahre später kam schliesslich eine Vorlage des Stadtrates auf den Tisch, diejenige die vor kurzer Zeit an der Urne gescheitert ist. Diese Vorlage war vernünftig dimensioniert, so günstig wie nie mehr, die Hauptachsen wären fast alle Tempo 50 geblieben. Zusätzlich war sie bei fast allen Parteien unbestritten, nur die Bevölkerung wollte sie nicht. Dabei stellte sich die Frage warum? Forscht man etwas in der Presse, kann man zum Beispiel von einem damaligen Gegner vor der Abstimmung lesen (Zitat): "Ich bin nicht grundsätzlich gegen Tempo 30 Beschränkungen. An besonderen Gefahrenstellen und zu bestimmten Tageszeiten mag es durchaus sinnvoll sein, von Tempo 50 abzuweichen. So zum Beispiel in der Umgebung von Kindergärten, Schulen und Altersheimen. Eine generelle Tempo 30 Limite aber, deren Sinn von den Verkehrsteilnehmern nicht erkannt wird, ist abzulehnen. An den oben erwähnten Gefahrenstellen könnte man durch Wechselsignale den Automobilisten gezielt auf eine Gefahr aufmerksam machen. Für Quartiere wie das Birchlenquartier, die vom Schleichverkehr betroffen sind, wäre ein Fahrverbot (Anwohner und Zubringerdienste gestattet) für Motorfahrzeuge eine echte, die Lebensqualität verbessernde Massnahme. Diese effizienten und kostengünstigen Massnahmen werden schon seit einiger Zeit in verschiedenen Gemeinden mit grossem Erfolg angewendet." Danach werden vor allem die Kosten ins Feld geführt und unterstrichen, dass auch die Gegner unbestritten für mehr Sicherheit an wichtigen Stellen in unseren Quartieren sind, gefordert werden aber punktuelle Massnahmen. Nun ist in der Beantwortung zu lesen: auf die Frage, ist der Stadtrat bereit, eine neue Vorlage mit punktuellen Massnahmen zu erarbeiten: nein. Weiter unten: der Stadtrat wird keine

neue Vorlage ausarbeiten. Davor und danach versteckt er sich hinter möglichen hohen Kosten für Einzelmassnahmen und gesetzlichen Grundlagen. Dort steht aber beispielsweise auch, dass die Kantonspolizei auf Antrag der zuständigen Gemeindebehörden solche Massnahmen bewilligen kann. Die GEU - Fraktion wertet die Beantwortung der Interpellation als ungenügend.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Das Geschäft Nr. 135 / 2004 ist somit abschliessend behandelt.

4. Referendum gegen Beschluss des Gemeinderates vom 5. Juli 2004 betreffend Parkplatzverkauf an der Strehlgasse / Gültigerklärung

Vizepräsident Hans - Felix Trachsler (SVP) erläutert den Antrag des Büros. Der Gemeinderat beschloss an seiner Sitzung vom 5. 7. 2004 die städtische Liegenschaft Kat. Nr. 15 840 an der Strehlgasse der Erbgemeinschaft Broger zu verkaufen. Dieser Beschluss unterstand dem fakultativen Referendum. Am 22. 7. 2004 reichte die Interessengemeinschaft Strehlgasse das Referendum mit 746 Unterschriften ein. Die durchgeführte Vorprüfung des Stadtrates stellt fest:

1. Das fakultative Referendum gegen den GR Beschluss vom 5.7.04 betreffend Verkauf Grundstück Kat Nr. 15 840 an der Strehlgasse ist fristgerecht eingereicht worden.
2. Es liegen 667 gültige Unterschriften vor.
3. Der angefochtene Beschluss ist ausreichend bezeichnet somit ist das fakultative Referendum zu Stande gekommen.

Der Gemeinderat hat nun formell die Gültigkeit des Referendums zu beschliessen. Das Büro beantragt die Gültigerklärung.

Keine Wortmeldung.

Abstimmung:

Mit 34 zu 0 wird dem Antrag des Büros zugestimmt.

Beschluss:

1. Das fakultative Referendum gegen den Beschluss des Gemeinderates vom 5. Juli 2004 betreffend Verkauf des Grundstückes Kat. Nr. 15840 an der Strehlgasse ist formell und materiell Zustande gekommen.
2. Der Stadtrat wird eingeladen, die Urnenabstimmung in Anwendung der massgebenden gesetzlichen Bestimmungen durch zu führen.

5. Spitex Dübendorf / Schaffung eines integrierten Spitex - Dienstes / Gewährung eines jährlich wiederkehrenden Kredites von maximal Fr. 450'000.--

Ratspräsident Oliver Eugster erläutert das Vorgehen:

- Eintretensdebatte
 - GRPK - Mehrheit
 - GRPK - Minderheit
 - übrige GRPK - Mitglieder
 - Rat
 - Abstimmung

- Detailberatung
 - GRPK - Mehrheit (Rückweisungsantrag)
 - GRPK - Minderheit (Zustimmung mit Zusatzantrag)
 - übrige Mitglieder GRPK
 - Stadtrat
 - Rat
 - Abstimmungen:

Mit Datum vom 21. September 2004 beantragt der Stadtrat, dass in Anwendung von Art. 17 der Gesch O GR Herr Roland Knechtle, Präsident der Hauspflege der röm. kath. Kirchgemeinde als Sachverständigen sprechen kann.

Das Büro hat die entsprechende Zustimmung erteilt.

Der Rat ist mit diesem Vorgehen einverstanden

Andrea Kennel (SP) ist der Meinung, dass Gemeinderat Hans Jörg Kuhn (FDP) in den Ausstand treten muss. Seine Doppelfunktion als Gemeinderat und Präsident der reformierten Kirchenpflege birgt einen Interessenkonflikt in sich.

Antrag:

In Anwendung von Art. 18, Ziff. 1.4 Gesch O Gemeinderat soll der Rat über den Ausstand entscheiden.

Martin Schwyzer (FDP) widerspricht der Meinung von Gemeinderätin Kennel. Es werden keine Abmachungen mit den reformierten Kirchenbehörden getroffen, sondern mit einem neu zu gründenden Verein.

Hans Jörg Kuhn (FDP) zitiert die Antwort des Bezirksrates Uster auf seine Anfrage vom 19. Mai 2004: "Unseres Erachten müssen Sie bei diesem Geschäft nicht in den Ausstand treten, weil Sie beim Beratungsgegenstand nicht persönlich beteiligt sind (§ 102 GG)". Diese Aussage wurde am 23. September 2004 von der Ratsschreiberin nochmals bestätigt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

| | |
|-----------------------------------|------------|
| Für den Antrag Andrea Kennel (SP) | 3 Stimmen |
| Gegen den Antrag | 29 Stimmen |

Gemeinderat Hans Jörg Kuhn muss nicht in den Ausstand treten.

Eintretensdebatte:

Daniel Brühwiler (GEU) spricht sich für die GRPK - Mehrheit für Eintreten aus. Es wird ein Rückweisungsantrag in Aussicht gestellt.

Theo Zobrist (SP) für die GRPK - Minderheit ist ebenfalls für Eintreten. Die Minderheit wird einen Abänderungsantrag stellen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Mit 33 zu 0 beschliesst der Gemeinderat Eintreten.

Detailberatung:

Daniel Brühwiler (GEU) für die GRPK - Mehrheit.

In Dübendorf teilen sich heute drei Organisationen in die Aufgabe der Spitex: Die Gemeindekrankenpflege der politischen Gemeinde, angegliedert bei der Gesundheitsabteilung. Die Hauspflege der evang. ref. Kirchgemeinde. Die Haushalt- und Familienhilfe der röm. kath. Kirchgemeinde (als Verein). Der Kern der zur Diskussion stehenden Vorlage ist die Fusion dieser drei Organisationen zu einer einzigen und natürlich vor allem der dafür beantragte jährlich wiederkehrende Kredit. Die aus der Fusion hervorgehende Spitex Dübendorf soll als Verein organisiert sein; konkret heisst das unter anderem, dass die Gemeindekrankenpflege, die heute Teil der Stadtverwaltung ist und im Alterszentrum Räume belegt, ausgelagert wird in eine privatrechtliche Organisation. Die angebotenen Dienstleistungen sollen den heutigen entsprechen. Die Stadt übernimmt eine Defizitgarantie; dafür sichert sie sich ihren Einfluss auf die Spitexdienste über Einsitz im Vereinsvorstand und vor allem über eine Leistungsvereinbarung, welche der Stadtrat mit dem Verein abschliesst. Die beiden Kirchgemeinden haben ihre Bereitschaft zur Mitarbeit im Vereinsvor-

stand zugesagt, zumindest einmal für die Startphase. Vorteile der neuen Organisation:

- Weniger Koordinationsaufwand als heute
- Nutzung von Synergien
- Die neuen und bereits budgetierten Angebote wie Abend- und Wochenenddienst und psychiatrische Gemeindekrankenpflege können von einer Organisation besser bewältigt werden.
- Da die neue Organisation als Verein privatrechtlich organisiert ist, wird das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) einen Beitrag ausrichten.

Nebst den hier aufgezählten Vorteilen gab es noch eine andere treibende Kraft hinter der Fusion: Die Kirchgemeinden möchten sich aus der Spitex zurückziehen. In der Weisung steht zwar nichts davon, aber in der Diskussion mit der GRPK ist dies deutlich zum Ausdruck gekommen. Die beiden kirchlichen Spitex - Organisationen sehen sich nicht mehr in der Lage, den ständig steigenden Anforderungen zu genügen. Ihre Vertreter konnten glaubhaft machen, dass ihre Organisationen einfach die kritische Grösse nicht haben, um diesen steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Die GRPK hat diese Botschaft aufgenommen und anerkennt, dass es eine Lösung dieses Problems braucht. Zu den Finanzen: Wie der ersten Grafik in der Weisung entnommen werden kann, verliefen Aufwand und Defizit bei der Spitexorganisation der Stadt in der ersten Hälfte der 90er-Jahre relativ konstant; das Defizit lag etwas über Fr. 600'000.--. Mit Einführung des KVG im Jahre 1996 konnten viele Spitex - Leistungen neu über die Krankenkassen abgerechnet werden. Die Defizite sanken deshalb gegen Fr. 300'000.-- (1998), begannen dann wieder zu steigen und lagen 2003 bei über Fr. 800'000.--. Eine Trendwende zeichnet sich nicht ab. Ein ähnliches Bild zeigt sich offenbar bei den beiden kirchlichen Spitex-Organisationen. Die vorgeschlagene Fusion wird diese Kostensteigerung langfristig kaum beeinflussen. Allerdings sind einmalige Synergiegewinne möglich, wie der Vergleich der Zahlen der Rechnung 02 und des Budget 05 zeigen. Aufwandseitig schlagen die Personalkosten stark zu Buche. Da die heutige Anzahl Stellenprozente nach der Fusion beibehalten werden soll, ergeben sich hier keine grossen Veränderungen. Auf der Einnahmeseite zeigt sich, dass es eine Entlastung der Stadt tatsächlich gibt; diese ist praktisch vollständig auf die Subvention durch den Bund bedingt. Die sonstigen Synergiegewinne aus der Fusion werden offenbar weitgehend für die Angebotsausweitung gebraucht. Ebenfalls zu den finanziellen Aspekten gehören einmalige Ausgaben für die Vereinsgründung. So soll der neue Verein die benötigten Räume mieten, im Mietobjekt wird es sehr wahrscheinlich bauliche Anpassungen brauchen. Zudem sind Büro- und EDV-Einrichtungen zu beschaffen. Der entsprechende Kredit wird auf Fr. 350'000.-- geschätzt. Er ist aber nicht Teil dieser Vorlage, sondern nach Vereinsgründung dem Stadtrat beantragt werden. Erst zu diesem Zeitpunkt sei es möglich, den Betrag genauer zu bestimmen. Die Gründe für die Haltung der GRPK - Mehrheit:

Wenn der neue Finanzausgleich (NFA) an der Urne angenommen wird, wird sich der Bund aus der Spitexfinanzierung zurückziehen. Die jetzt budgetierten Subventionen würden 2007 oder spätestens 2008 wegfallen. In der Weisung steht davon allerdings nichts. Die andern Synergiegewinne aus der Fusion werden weitgehend durch die Angebotserweiterung aufgebraucht, ohne dass eine umfassende Bedarfsabklärung durchgeführt worden wäre und ohne dass eine Diskussion über den Umfang der Spitex stattfindet. Bei der gegenwärtigen Kostensteigerung der Spitex kann dies so nicht akzeptiert werden.

Weitergehende Synergien, welche durch Integration der Spitexorganisation in das Alterszentrum möglich würden, werden nicht genutzt. Auch dies ist bei der gegen-

wärtigen Kostensteigerung nicht akzeptabel. Noch ein Wort zur Integration der Spitex ins Alterszentrum: Dies ist nicht einfach eine Idee der GRPK. Diese Zusammenlegung wird vom kantonalen Spitex - Verband empfohlen. Wenn nun der Verein gegründet wird, wird eine eigene Führungsstruktur aufgebaut, ein eigenes Rechnungswesen betrieben und eigene Räume ausserhalb des Alterszentrums bezogen. Dies sind alles Schritte, welche eine spätere Integration der Spitex ins Alterszentrum erschweren; also ein Schritt in die falsche Richtung. Hier liegt wohl auch der Schwachpunkt des GRPK - Minderheitsantrages; der Schritt in die falsche Richtung würde gemacht, auch wenn der Kredit vorerst befristet ist.

Gemeinderat Daniel Brühwiler (GEU) stellt folgenden Rückweisungsantrag:

Der Antrag ist an den Stadtrat zur Neuurteilung zurückzuweisen unter Einbezug folgender Änderungen:

a)

Die Gemeindekrankenpflege bleibt Aufgabe der Stadt Dübendorf und wird nicht an eine privatrechtliche Organisation delegiert.

b)

Für die neu zu gründende Familienhilfe Dübendorf wird ein jährlich wiederkehrender Kredit von maximal Fr. 150'000.-- bewilligt.

c)

Die Gemeindekrankenpflege und die Familienhilfe Dübendorf sind unter einer gemeinsamen operativen Leitung zu führen, diese kann dem Alterszentrum unterstellt werden.

Theo Zobrist (SP) für die GRPK - Minderheit:

Die Minderheit der GRPK will, wie der Stadtrat, die heutigen Spitex Dienste zu einem Verein fusionieren. Die Hauspflege und Haushilfe der Kirchgemeinden können und wollen die Kosten nicht mehr tragen und wahrscheinlich ist bei der Gemeindekrankenpflege eine Neuorganisation nötig. Ein neuer gemeinsamer Verein mit effizienter Organisation und Leistungsauftrag der Stadt Dübendorf ist für die Minderheit ein gangbarer Weg die Spitex Dienste in Dübendorf zu optimieren. Der Stadtrat verlangt einen jährlich wiederkehrenden Kredit von Fr. 450'000.-- für den Spitex Verein, was eine Volksabstimmung nötig macht. Die GRPK Minderheit möchte die Finanzierung auf 3 Jahre befristen, so genügt der heutige Gemeinderatsentscheid und der Spitex Verein kann sofort realisiert werden und die Subventionen werden erhältlich. Sehr wahrscheinlich versiegen diese Subventionen in 2 bis 3 Jahren was bestimmt eine Erhöhung des Kredites erforderlich macht. Dies ist beim Minderheitsantrag dann der Zeitpunkt für die Volksabstimmung. Die Spitex Fusion ist kein Schnellschuss. Sie ist ein Legislaturziel des Gemeinderates und ebenso ein Programmschwerpunkt des Stadtrates. Das Geschäft wurde gut vorbereitet und verursachte bei den 3 involvierten Körperschaften viel Arbeit. Auch eine professionelle Beratung wurde zugezogen und aus Erfahrungen von anderen Spitex Vereinen profitiert. Übrigens sind fast alle Spitex - Dienste im Kanton Zürich privatrechtliche gemeinnützige Vereine. Der Rückweisungsantrag ist eher ein Schnellschuss. Nur weil der Stadtrat untereinander nicht diskussionsfähig ist, oder weil das Alterszentrum dem Besit-

zer der Spitex die Räume kündigte, und weil die Informanten in der GRPK nicht offen informieren oder das Vertrauen in den Stadtrat im speziellen in den Gesundheitsvorstand nicht vorhanden ist, ist das kein Grund den Spitex Verein zu Fall zu bringen und auf die ca. 1 Mio. Franken Subventionen zu verzichten. In der GRPK - Minderheit ist die Fusion der 3 bisherigen Spitex - Organisationen unbestritten und sie hofft mit der finanziellen Befristung den Verein Spitex - Dienste Dübendorf realisieren zu können.

Was passiert bei Rückweisung:

- kein integrierter Spitex Dienst in Dübendorf
- schlechte Pflege- und Hilfe-, sowie Koordinationsituation belastet die Spitex Klientinnen und Klienten noch länger
- das Spitex - Personal wird mehr verunsichert statt motiviert
- Kirchgemeinden hören auf
- wer gründet den neuen Verein Familienhilfe
- Bundessubventionen von ca. 1 Mio. Franken entfallen

Auswirkungen des stadträtlichen Antrages:

- der Verein kann erst nach der Urnenabstimmung gegründet werden
- für ca. 4 Monate Subventionsverlust
- es muss eine 2. Volksabstimmung durchgeführt werden
- die Stimmberechtigten müssen bei der 1. Abstimmung darauf hingewiesen werden das eine Erhöhung des Kredites in 2 bis 3 Jahren notwendig wird (Salamitaktik)
- Mehrkosten für die 2. Urnenabstimmung

Der Zusatzantrag (GRPK Minderheit):

- der Verein kann sofort starten
- die Kirchgemeinden sind sofort sicher, dass ihr Angebot im gemeinsamen Spitex-Dienst aufgeht,
- Motivation des Personals
- nur ein Urnengang mit nachhaltigem Defizitbeitrag nötig
- die neue Spitex kann schnellst möglich eingesetzt werden

Nach dieser Auswertung der 3 Anträge bleibt einem weitsichtigen Volksvertreter oder Volksvertreterin nur noch den Minderheitsantrag zu unterstützen.

Gemeinderat Theo Zobrist (SP) stellt folgenden Antrag:

1. *Der Fusion der Spitex - Dienste Dübendorf wird zugestimmt und diese Dienste dem zu gründenden Verein "Spitex - Dübendorf" übertragen.*
2. *Für den Verein "Spitex - Dübendorf" wird ein Rahmenkredit von max. Fr. 1'350'000.-- bewilligt. Der Betrag verteilt sich auf 3 Jahre, 2005 / 2006 / 2007.*
3. *Für die Finanzierung der Spitex - Dienste Dübendorf ab dem Jahr 2008 ist ein jährlich wiederkehrender, den Gegebenheiten angepasster Defizitbeitrag, der Gemeindeurnenabstimmung zu unterbreiten.*
4. *In Anwendung von Art. 6 der Gemeindeordnung untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum.*

Mitglieder GRPK: Keine weiteren Wortmeldungen.

Gesundheitsvorstand Rita Bernoulli erläutert den Fachbegriff Spitex und verdeutlicht was er alles beinhaltet. Die rasante Entwicklung der letzten Jahre hat auch vor den Spitex Diensten nicht Halt gemacht. Überall ist daher ein Trend zu Zusammenschlüssen fest zu stellen. Die Inkraftsetzung des KVG im Jahr 1996 hat diese Fortentwicklung noch verstärkt. Die zu erbringenden Leistungen sind heute an Qualitätsnormen gebunden. Dies wiederum hat die Kosten in die Höhe getrieben. Es müssen nun neu Einheitsinstrumente eingeführt werden. Wegen all dieser gesteigerten Anforderungen kamen die drei Organisationen an ihre Leistungsgrenzen. Zwei ganz wichtige Punkte sprechen klar und eindeutig für eine Fusion. Auf der einen Seite steht die Sorge um das Wohl der Bevölkerung. Können die gewünschten, komplexen Anforderungen erfüllt werden? Dies geht nur mit einem zukunftsgerichteten Ausbau der Dienstleistungen. Es geht aber auch um die Anliegen des Personals der drei Organisationen. Seit Jahren sind die Mitarbeitenden über die Zukunft im Ungewissen. Sie verdienen es dass ihr Arbeitsverhältnis auf verlässlichen Grundlagen beruht. Die diversen vorstehend aufgezeigten Punkte gaben den Ausschlag, dass die Gründung eines Vereins vorangetrieben wurde. Diese Organisationsform, die die Grundlage des stadträtlichen Antrages bildet bietet sehr viele Vorteile. Die Kunden erhalten die Leistungen aus einer Hand. Es sind klare Strukturen und Ansprechpartner vorhanden. Auch örtlich können die Dienste zusammen gefasst werden. Neben der Organisationsform wird es auch ein Betriebskonzept geben. Das bedingt aber auch, dass eine den Anforderungen genügende Infrastruktur geschaffen wird. Die Ansiedlung beim Alterszentrum war von Anbeginn der Planung kein Thema, da nicht genügend Platz vorhanden ist. Stadträtin Bernoulli dankt allen Beteiligten für die einsatzfreudige Mitarbeit die bei der Vorbereitung geleistet wurde. Sie bittet den Rat, dem Antrag der GUK und des Stadtrates zuzustimmen.

Der Sachverständige, Roland Knechtle, Präsident des Vereins kath. Familienhilfe bedankt sich beim Büro, dass ihm erlaubt ist hier zur Sache zu sprechen. Der Verein kath. Familienhilfe ist die kleinste der drei Organisationen. Er hat daher auch am meisten Mühe, die gestellten Anforderungen zu erfüllen. Heute ist er am Limit angelangt. Vor vier Jahren wurden von den Oberbehörden Druck aufgesetzt, dass in Dübendorf ein Zusammenschluss der drei Spitex Organisationen voran getrieben wird. Der stadträtliche Antrag ist das Ergebnis der nun vierjährigen Vorbereitung. Heute ist der Punkt gekommen an dem ein Entscheid zu Stande kommen muss. Die gewählte Form eines Vereins bietet wesentliche Vorteile und ist in der Bevölkerung verankert. Es können Alle mitmachen und somit ist auch die Kontinuität gewährleistet. Dass dieser Weg richtig ist zeigt, dass es im Kanton 99 Spitex Vereine gibt. Der Mehrheitsantrag der GRPK hat alle überrascht. Sollte dieser Vorschlag den Vorzug erhalten, wären 4 Jahre Arbeit zunichte gemacht. Es war bisher ganz klar die Absicht und Meinung, dass alle drei Organisationen zu einer zusammen gefasst werden. Nun spricht man wieder von 2 verschiedenen Strukturen. Dass mit einem Zusammengehen mit dem Alterszentrum Synergien genutzt werden können ist ein Trugschluss. Eher sind zwischen internen und externen Pflege Interessenkonflikte zu erwarten. Auch im personellen Bereich sind keine Einsparungen zu realisieren. Zudem kann man nicht so leicht 50 Mitarbeitende mit den nötigen Arbeitsplätzen im Alterszentrum platzieren. Im Weiteren ist zum Mehrheitsantrag zu vermerken, dass dabei ganz wesentliche Bundesbeiträge verloren gehen. Auch der Minderheitsantrag birgt seine Tücken. Der Aufbau eines Vereins inklusive Betriebsorganisation für nur 3 gesicherte Jahre dürfte schwierig sein. Mehrkosten sind dabei unvermeidlich. Es wäre nur fair, den Antrag des Stadtrates jetzt dem Stimmvolk zu unterbreiten. In die Vorlage müsste der Hinweis aufgenommen werden, dass die Bundesbeiträge

nur für 2 Jahre gesichert sind. Aus diesen Darlegungen kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass der stadträtliche Antrag die beste Lösung im Dienste der Sache ist; allenfalls könnte noch vertieft über befristete Lösung diskutiert werden.

Thomas Maier (GEU) erläutert den Standpunkt seiner Fraktion. Die GEU findet eine Fusion der 3 Spitex - Dienste schon seit längerer Zeit äusserst sinnvoll. Damit können viele Synergien genutzt werden. Die Weisung des Stadtrates enthält aber nicht die volle Wahrheit und ist unvollständig vor allem was die zu erwartenden Kosten und Subventionen durch den Bund betrifft. Höchstwahrscheinlich werden nämlich die Subventionen gestrichen. Trotzdem richten sich die Struktur danach aus. Dazu kommen Investitionskosten, die im jetzigen Zeitpunkt verfrüht sind. Die bestehenden Räumlichkeiten, auch die der Kirchen, sollten im Moment genügen, bis die Situation bezüglich Pflegeheim und Subventionen klar ist. Statt eines teuren Ausbaus sind die heutigen guten Spitexdienste der Stadt zu erhalten und weiterzuführen. Die Zukunft muss neu beurteilt werden. Seit der Entstehung dieser Weisung hat sich also die Ausgangslage verändert und die Zukunft ist unklar. In dieser Situation will die GEU weder einen definitiven Entscheid noch einen definitiven Versuch und sicher keine definitiven neuen teuren Investitionen. Vielleicht stellt sich in 2 Jahren plötzlich heraus, dass eine andere Struktur als die des Vereins die viel bessere ist. Grundsätzlich tritt die GEU für Rückweisung des Geschäftes an den Stadtrat ein. Der überarbeitete Antrag des Stadtrates sollte folgende Ziele verfolgen: Begründung:

"1. Wie gesagt, finden wir die Fusion der Spitex weiterhin eine gute Sache und hoffen damit Synergien nutzen zu können - und damit auch Geld sparen, resp. sinnvoller einsetzen zu können. Mit einem dreijährigen Versuch halten wir uns alle Möglichkeiten in Zukunft offen und schaffen kein Präjudiz. Zudem können wir damit sicherstellen, dass wir die nächsten 2, 3 Jahre die Subventionen vom Bund ganz bestimmt abholen können.

2. Eine Fusion ist sehr sinnvoll, soll aber in kleinen Schritten vonstatten gehen. Die bisherigen Räumlichkeiten sollen deshalb möglichst weiter genutzt werden, bis klar ist, ob eine örtliche oder sachliche Integration Sinn macht oder nicht. Die bisherigen Räumlichkeiten an mehreren Standorten sind sicher langfristig nicht optimal, genügen aber vorderhand und wir sehen im Moment schlicht keinen Grund hier Geld auszugeben und daran etwas zu ändern. Es ist so sinnvoll, günstig und was in Zukunft ist, werden wir sehen.

3. Ganz klar im Sinne von 2. möchten wir auf zusätzliche Investitionen verzichten. Dieses Geld hier auszugeben ist im Moment einfach nicht zwingend nötig und falsch, bevor klar ist, ob eine Erweiterung im AZ Sinn macht oder nicht - ich erspare ihnen die Aufzählung der Finanzsituation der Stadt.

4. entsprechend ist die Höhe des Rahmenkredits anzupassen, da neben dem weitgehenden Verzicht auf Fremdmiete insbesondere in der unsicheren Lage bezüglich Subventionen auch Leistungserweiterungen vorderhand sehr zurückhaltend vorgenommen werden sollen."

Wie bereits ausgeführt unterstützt die GEU die Rückweisung. Damit wird folgendes verhindert: Eine Ablehnung des Hauptantrages wäre ein falsches Signal betreffend der Wichtigkeit der Vorlage. Er ist aber unausgegoren und aus oben bereits erwähnten Gründen nicht gut. Der Antrag der Minderheit ist eine versteckte Einführung in Umgehung des Referendums. Die GEU kann deshalb weder dem Minderheitsantrag der GRPK noch dem Antrag des Stadtrates zustimmen. Sollte die Rückweisung abgelehnt werden, stellt die GEU Fraktion folgenden Antrag:

1. *Der Fusion der Spitex – Dienste Dübendorf wird zugestimmt und diese Dienste werden im Sinne eines dreijährigen Versuchs dem zu gründenden Verein „Spitex-Dübendorf“ übertragen.*
2. *Der Vereinslösung wird ohne Präjudiz für eine neue mögliche örtliche und organisatorische Struktur nach Ablauf der Versuchsphase zugestimmt.*
3. *Während der Versuchs-Phase bleiben die Spitexdienste insbesondere in den bisherigen Räumlichkeiten des Alterszentrums untergebracht. Die Kirchgemeinden sind zu einer Mithilfe bei der Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten im bisherigen Umfang anzuhalten.*
4. *Auf die geplanten Investitionen von ca. 350'000 ist zu verzichten.*
5. *Für den Verein „Spitex - Dübendorf“ wird ein Rahmenkredit von max. 1'200'000.-- bewilligt. Der Betrag verteilt sich auf 3 Jahre, 2005 / 2006 / 2007. Die Auszahlung ist an die Erfüllung eines Leistungsauftrages im Rahmen der bisherigen Leistungen der drei Spitexorganisationen geknüpft, der vom Stadtrat mit dem Verein zu vereinbaren ist.*
6. *Für die Finanzierung der Spitex - Dienste Dübendorf ab dem Jahre 2008 ist nach Ablauf der Versuchsphase und in Kenntnis der Subventionspraxis, der Erfahrungen mit dem Verein und der Resultate der Entwicklungsplanung Alterszentrum eine Vorlage zu unterbreiten und diese der Gemeindeurnenabstimmung zu unterbreiten.*
7. *In Anwendung von Art. 6 der Gemeindeordnung untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum.*
8. *Der Beschluss geht zum Vollzug an den Stadtrat*

Hans Jörg Kuhn (FDP) ist der Ansicht, dass die GRPK dem Geschäft zu wenig Beachtung geschenkt hat. Die drei Organisationen haben vier Jahre hart für die Integrierung gearbeitet. Auslöser dafür war damals eine Empfehlung der zuständigen Bundesstellen. Gemeinderat und Stadtrat haben in Bezug auf die Spitex gemeinsame Ziele. Die Projektgruppe hat sich daran gehalten und diese Ziele nun im Antrag umgesetzt. Es wurden keine neuen Dienstleistungen miteinbezogen. Man konzentrierte sich auf die Kernbereiche. Dabei wurde klar vorausgesetzt, dass keine Mehrkosten gegenüber dem IST - Zustand entstehen durften. Die Optimierung der Spitexdienste ist erwünscht und auch dringend. Damit werden die politischen Ziele erfüllt und dem Personal wird Sicherheit vermittelt. Gemeinderat Kuhn listet nochmals die Vorteile auf, die bereits von den Vorrednern erwähnt wurden. Im Weiteren führt er aus, dass es störend ist, dass Halb- und Unwahrheiten in die Welt gesetzt werden. Zum Teil werden auch zweifelhafte Informationen herum geboten. Der neue Verein ist kein Teil- und Scheinzusammenschluss sondern er ist sehr komplett mit guten Erfolgsaussichten. Zudem wird dem Verein ein Leistungsauftrag erteilt was in diesem Bereich ein Novum darstellt. Die Erfüllung des Auftrages ist durch die GRPK kontrollierbar. Mit einer Folie stellt Hans Jörg Kuhn die Konfliktsituation im Alterszentrum dar. Diese Variante ist abzulehnen. Ebenso wie der Mehrheitsantrag mit der Bildung von zwei Organisationen. Die Projektgruppe ist gewillt, etwas Gutes und

Solides für die Zukunft aufzubauen, dass Allen, Kunden, Mitarbeitenden und Behörden dienlich ist. Er bittet um Zustimmung zum Antrag des Stadtrates.

Der eingeschlagene Weg, so André Ingold (SVP), entspricht grundsätzlich dem Gedankengut der SVP. In der Weisung wird immer wieder auf die zwei Punkte hingewiesen, Kostensenkung und Nutzung von Synergien. Diese müssen jedoch hinterfragt werden. Bei den Kosten ist es schon sehr verlockend, wenn gesagt wird, dass der jährliche Defizitbeitrag von heute über Fr. 800'000.-- auf unter Fr. 400'000.-- sinken wird. Es werden bei einer Gründung eines Vereines Fr. 400'000.-- Subventionsgelder fliessen, aber jeder in diesem Saal weiss, dass dies nur noch für kurze Zeit der Fall sein wird. Also wird in spätestens 2-3 Jahren an gleicher Stelle über eine Erhöhung des Kredites gesprochen werden müssen. Auch nicht nachvollziehbar ist, dass beim Ausbau der Dienstleistung auf 7 Tage Betreuung und einführen eines Abenddienste keine Zusatzkosten entstehen und der Stellenplan nicht erhöht wird. Bis heute sind keine Zahlen erhältlich, wie diese Erweiterung der Dienstleistung ohne zusätzliches Personal und Zusatzkosten geschehen sollte. Die Zusammenlegung der Spitexdienste ist gut. Somit können sicherlich einige Synergien unter den bis jetzt drei vorhandenen Organisationen genutzt werden. Es scheint jedoch, dass man nur in seinem Garten nach allfälligen Synergien gesucht hat. Die übrigen Leistungserbringer im Gesundheitswesen wurden in diese Überlegungen überhaupt nicht miteinbezogen. Im Alterszentrum sind Sanierungen und Neubauten in der Höhe von 45 Mio. Franken für das Gesundheitswesen geplant und teilweise bereits ausgeführt. Warum hat man eine mögliche Zusammenlegung des Spitexdienstes ins Alterszentrum nicht geprüft? Man könnte insbesondere Synergien bei der Verwaltung und dem Pflegepersonal und nicht zuletzt bei der EDV nutzen. So müssten wohl nicht Fr. 100'000.-- für eine neue Hard- und Software wie auch den Barcodeleser ausgegeben werden. Dieser Betrag könnte bei einer Zusammenarbeit um einiges verkleinert werden. Auch eine zweite Geschäftsleitung könnte man sich sparen. Im Alterszentrum hat es heute bereits ausgewiesenes Personal, dass aus der operativen Leitung von Spitexorganisationen hervorgeht oder Weiterbildungen für das Führen von Grossorganisationen gemacht haben. Die SVP steht absolut hinter den Spitexdienstleistungen und stellen diese auch nicht in Frage. Die Vorlage stellt keine gute Lösung dar. Warum operiert man nur mit Zahlen und hinterfragt diese nicht. Es heisst zum Beispiel, dass im Kanton Zürich ca. 75% aller Spitexorganisationen Vereine sind. Warum sind die Erfahrungen von anderen Gemeinden nicht in die Überlegungen miteinbezogen worden? Gemeinderat Ingold zählt vier Beispiele auf, die einen anderen Schluss zulassen. Im Sinne des ganzheitlichen Denkens und Handelns zum Wohle aller Betroffenen beantragt die SVP Fraktion, sich der GRPK Mehrheit anzuschliessen und für eine Rückweisung des vorliegenden Antrag an den Stadtrates zu stimmen.

Stadträtin Rita Bernoulli erwidert, dass die Dienstleistungen erweitert werden können weil mit der Auslagerung der Spitex in der Gesundheitsabteilung Kosten wegfallen. Die Zusammenarbeit resp. Zusammenlegung mit dem Alterszentrum wurde mit dem Sozialvorstand im Jahre 2002 erörtert. Es wurde damals festgelegt, dass der Bereich nicht mehr thematisiert wird bis der Neubau des Altersheims zur Diskussion stehen wird.

Andrea Kuhn (CVP) fragt sich, ob in Dübendorf tatsächlich ein Reformstau besteht. Die Projektgruppe hat für die Vorbereitung rund 4 Jahre aufgewendet. Diese Arbeit

darf nicht umsonst gewesen sein. Im Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass bei einer Zustimmung rund 1 Mio. Franken Bundesbeiträge zu erwarten sind. Dübendorf hat andere Probleme als sich über Verfahrensweisen zu ereifern. Auch eine Verknüpfung mit dem Alterszentrum kann keine optimale Lösung darstellen. Die CVP ersucht den Gemeinderat der GRPK - Minderheit zuzustimmen.

Stadtpräsident Heinz Jauch bittet um eine Sitzungsunterbrechung damit der Stadtrat die Gelegenheit hat, den Änderungsantrag der GEU zu diskutieren.

5 Minuten Pause.

Ratspräsident Oliver Eugster informiert, dass Geschäft Nr. 6 infolge der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung verschoben wird.

Im Namen des Stadtrates ersucht Heinz Jauch den Gemeinderat den Mehrheitsantrag der GRPK abzulehnen. Er weist auf die Konsequenzen hin, die bei einer Rückweisung zu erwarten sind. Es gehen wesentliche Bundesbeiträge verloren. Sollte der neue Finanzausgleich vom Volk angenommen werden, ist dessen Inkrafttreten noch völlig offen. Wenn der Bund nicht mehr zuständig sein wird, werden sicher die Kantone in die Pflicht genommen. Das Gesundheitsgesetz muss werden. Im heutigen Zeitpunkt kann sich die Stadt den Verzicht auf die Bundesbeiträge nicht leisten. Die Behörden, vorab auch der Gemeinderat, haben Verantwortung gegenüber allen Beteiligten, vor allem aber gegenüber der Bevölkerung und den Mitarbeitenden der drei Spitex Organisationen. Weiter gibt Stadtpräsident Heinz Jauch bekannt, dass bei einer Gegenüberstellung der beiden Abänderungsanträge der Stadtrat dem Minderheitsantrag der GRPK den Vorzug gibt. Die Grundhaltung jedoch ist Ablehnung des Rückweisungsantrages.

Theo M. Johner (E/D) unterstützt den Antrag der GRPK - Minderheit. Einerseits weil die Bundesbeiträge nicht verfallen dürfen und andererseits weil man bei früheren Projekten die befristet waren, gute Erfahrungen gemacht hat.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

1. Abstimmung:

Für den Antrag der GRPK Minderheit, Rückweisung:

| | |
|---------|------------|
| Dafür | 19 Stimmen |
| Dagegen | 13 Stimmen |

Das Geschäft Nr. 137 / 2004 ist somit an den Stadtrat zurück gewiesen.

6. Zustimmung zum privaten Gestaltungsplan Bahnhofareal Nord, Stadt Dübendorf, Liegenschaftenverwaltung und Karl Grüter

Infolge der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung verschoben.

Geschäftsführung: Keine Einwändungen.

Schluss der Sitzung: 21.10 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Gottfried Ruckstuhl

Kurzprogramm 30 Jahr Gemeinderat Dübendorf:

- Konzert des Gitarren- und Mandolinenorchesters
- Kurzansprache des Ratspräsidenten
- Dübendorfer Politik in der Vergangenheit (Ref. Hugo Maeder)
- Apéro für alle Anwesenden.

Geprüft und genehmigt:

Dübendorf, 29. September 2004

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Der Präsident:

Oliver Eugster

Die Stimmzähler:

Theo Zobrist

Andreas Sturzenegger

Valeria Rampone